

Beigeordneter Sterzenbach informiert über den aktuellen Sachstand. Demnach habe die Stadt Hennef dieses Thema noch nicht abgeschlossen und wird dies im nächsten Planungsausschuss behandeln. Mit den Ergebnissen beider Gremien werde ein Gespräch mit der Regierungspräsidentin geführt um das weitere Verfahren zu erörtern.

Vorsitzender Gräf unterstreicht nochmals wie wichtig es ist, diesen interkommunalen Weg zu gehen, da die Chancen für eine Änderung des Regionalplanes und damit die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes in Eitorf ansonsten sehr gering sind.

Herr Kemmler begrüßt es, dass die Verhandlungen mit der Stadt Hennef weitergehen können. Er plädiert dafür, dieser Vorlage zuzustimmen und weiter gemäß Variante 2 vorzugehen.

Auch Herr Sonntag unterstützt den Beschlussvorschlag und begründet dies.

Herr Roßbach hinterfragt den Vorteil für die Gemeinde Eitorf bei einer Zusammenarbeit mit der Stadt Hennef. Beigeordneter Sterzenbach antwortet, dass die Bezirksregierung der Gemeinde nahegelegt hat, diesen interkommunalen Weg zu gehen, da eine Änderung des Regionalplanes dadurch mehr Aussicht auf Erfolg hat. Auf weitere Nachfrage führt der Beigeordnete aus, dass sich eine Zusammenarbeit nach heutigem Stand lediglich auf die Planungsphase beschränken wird.

Vorsitzender Gräf schlägt vor, die Verwaltung zu bitten, Gespräche mit der Stadt Hennef über die gemeinsame Entwicklung eines Vorranggebietes für Windkraftanlagen im Gebiet um Lindscheid und der Gemeindegrenze zu führen. Der Regionalplan könnte bei dieser Gelegenheit mit geändert werden und möglichen Investoren eine größere Fläche angeboten werden.

Beigeordneter Sterzenbach informiert, dass die Verwaltung geplant hat, für die September-Sitzung die aktuellen Informationen zum Thema Windenergie in einer Vorlage zusammenzufassen. Bei Gesprächen mit der Stadt Hennef werde er die vorgenannte Anregung ansprechen.

Nach der Beantwortung weiterer Fragen verweist Herr Henders auf die Haushaltsrede seiner Fraktion und den Antrag, Vorrangflächen für Windkraftanlagen auszuweisen, jedoch mit der Prämisse, dass diese Anlagen genossenschaftlich in Form von Bürgerbeteiligungen betrieben werden sollen. Er bittet darum, dies bei den weiteren Gesprächen zu berücksichtigen.

Vorsitzender Gräf antwortet, dass vorrangig ein Investor gefunden werden muss, der diese Anlagen installiert. Wenn sich ein Bürgermodell rechnet, wäre auch diese Variante vorstellbar.